



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

I/VIII/176 - 31.7.53

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 099890

Das Recht auf die Heimat ist kein Irredentismus	S. 1
Parlamentsferien in Frankreich	S. 3
Der Kanzler und die Gewerkschaften	S. 5
Studenten in Not	S. 6

Anhang: Bericht über die Sitzung des Parteivorstandes,
des Parteiausschusses und der Kontrollkommission der SPD

Attlee und die deutschen Ostgrenzen

Von Wenzel Jaksch,
Leiter des hessischen Flüchtlingsamtes

Churchill schrieb einmal in der Aufstiegszeit des Nationalsozialismus, er wisse nicht, wie das englische Volk darauf reagiert haben würde, wenn es im Gefolge eines verlorenen Krieges die Grafschaft Lancashire an Irland hätte abtreten müssen. Glückliches Inselvolk, dem in seiner tausendjährigen Geschichte der Schmerz und die Nachwehen von Gebietsamputationen erspart geblieben sind! Glückliches Land, das an seinen Ufern bisher nur Flüchtlinge aus anderen Ländern aufzunehmen hatte und auch diese nur in sehr begrenzter Zahl! Darum kann man sich auch unter dem Blickwinkel der britischen Erfahrungen kaum eine Vorstellung davon machen, was es bedeutet, wenn zehn Millionen beraubter und gehetzter Menschen in ein Rest-Vaterland hineingepumpt werden, dessen Städte zerstört, dessen Währung zerrüttet ist und dessen Wirtschaft erst wieder aufgebaut werden muß.

Diese Feststellungen muß man mit aller Deutlichkeit den flüchtig hingeworfenen Bemerkungen des früheren britischen Ministerpräsidenten Attlee, zur Frage der deutschen Ostgrenzen entgegensetzen, die er am 12. Juli im Unterhause machte. Die Bedeutung der Sache erfordert es, hier Attlee im vollen Wortlaut zu zitieren. Die betreffende Stelle seiner Rede lautet:

... "Es ist meiner Ansicht nach eine große Gefahr, wenn man in diesen Fragen immer nach rückwärts blickt. Diese Gefahr besteht

bei den Deutschen in großem Umfange, Ich glaube, daß es in Deutschland gefährliche irredentistische Kräfte gibt. Man kann natürlich beliebig viele neue Gebietsverteilungen vornehmen, Ich sehe diesen Wunsch im Fünfunkteprogramm des Bundestags in Bezug auf die territorialen Regelungen. Aber seit siebenhundert Jahren haben die Slawen und die Germanen sich über die Aufteilung dieser Gebiete gestritten. Ich sollte meinen, es wäre an der Zeit, daß sie damit aufhören, es wäre an der Zeit, daß sie versuchen, zur Ruhe zu kommen, um das Beste aus dem zu machen, was sie jetzt haben. Ich glaube nicht, daß es irgendwie gut ist, zu versuchen, diese Dinge auf irgendeiner historischen Grundlage zu revidieren..."

Zu den historischen Argumenten Attlees kann man sich zunächst wohl auf die Bemerkung beschränken, daß durch den Vertrag von Versailles so ziemlich alle Ostgebiete Deutschlands amputiert wurden, die irgendwie zwischen Deutschen und Slawen strittig waren. Die Labour-Party trat damals in einer feierlichen Erklärung dafür ein, daß nicht nur die Grenzen zwischen Deutschland und Polen, sondern auch die zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei durch Volksabstimmung geregelt werden sollen. Was unter Arthur Henderson weiß war, kann unter Clement Attlee nicht schwarz sein.

Es wäre aber noch eine weit gefährlichere Verknennung der deutsch-osteuropäischen Problematik, wollte man, wie es Attlee anscheinend tat, die von allen demokratischen Parteien Deutschlands vertretene Forderung nach einer Revision der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse als eine von "gefährlichen irredentistischen Kräften" diktierte Politik hinstellen. Als Irredenta hat man bisher die Abtrennungswünsche "unzerlöster Gebiete" aus einem gegebenen Staatsverband, also die Anfechtung bestimmter völkerrechtlicher Tatbestände, bezeichnet. Schlesier, die nach Schlesien zurückwollen, sind deshalb keine Irredentisten! Sie fechten keinen durch Friedensverträge festgelegten Tatbestand an. Die Austreibungen erfolgten aufgrund eines einseitigen Diktates der Siegermächte, welches bisher nur die Zustimmung der deutschen Kommunisten gefunden hat. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als "Friedensgrenze" durch die Kommunisten ist bekanntlich Hauptursache ihrer politischen und moralischen Ächtung im deutschen Volke gewesen. Dr. Kurt Schumacher war hingegen der erste deutsche Politiker, der den Status quo von Potsdam abgelehnt und die Wiedergutmachung der Austreibungen gefordert hat.

Dieser Standpunkt ist inzwischen im Dortmunder Aktionsprogramm der SPD verankert worden. Die internationale Entwicklung ist seit 1945 weit über den Wortlaut und den Geist des Potsdamer Abkommens hinweggeschritten. Wer wollte nach dem 17. Juni 1953 noch daran zweifeln, daß die unterjochten Völker hinter dem Eisernen Vorhang nur mit Unterstützung der deutschen Demokratie und der deutschen Arbeiterbewegung befreit werden können? Deshalb wird man bei der Festsetzung der deutschen Ostgrenzen den einmütigen Willen des deutschen Volkes und den Rechtsstandpunkt der deutschen Sozialdemokratie nicht ignorieren können.

Kabinett Laniel kann bis Dezember hoffen

G.S.-Paris, Ende Juli

Nachdem die jetzt abgeschlossene Legislaturperiode von unzähligen Krisen begleitet war, hat sich nun so etwas wie eine "Stabilität" in Frankreich herausgebildet, die wahrscheinlich bis zum Dezember dauern wird. In der Woche vom 16.-23. Dezember werden die Nationalversammlung und der Senat geschlossen nach Versailles gehen, um den Präsidenten der Republik zu wählen. Bei dieser Gelegenheit wird der Parteihader erneut aufflammen, und der Ministerpräsident Laniel, dessen Name kaum allen Franzosen bekannt ist, wird schwere Stunden durchzumachen haben.

Vorläufig aber kann der neue französische Ministerpräsident beruhigt sein. Das Parlament, über die unzähligen Krisen erschrocken, hat der neuen französischen Regierung größere Vollmachten bewilligt, als sie je eine Regierung in der Vierten Republik besaß. In den kommenden Tagen wird die finanzielle Lage demzufolge "bereinigt" werden: Wie immer in Frankreich durch Erhöhung der indirekten Steuern, durch Erhöhung der Tabakpreise, der Erhöhung der Preise für Postwertzeichen usw.

Bevor das französische Parlament in die Ferien ging, hat es noch schnell eine "kleine Verfassungsreform" unter Dach und Fach gebracht, die dem Senat einige erhöhte Vollmachten verleiht; die "Landwirtschaftskammer", wie sie zu Recht genannt wird, darf nunmehr ihr Veto gegen jedes Gesetz einbringen, und die Nationalversammlung kann dieses Veto nur durch eine absolute Mehrheit zunichte machen, ferner bedarf der französische Ministerpräsident für seine Investitur künftig nur der einfachen Mehrheit und stellt sich gleich mit seinem vollständigen Kabinett der Nationalversammlung vor.

Zwar ist die Nationalversammlung in die Ferien gegangen: Aber die französische Politik wird sich kaum Ferien leisten können. Die französische Regierung läßt jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um zu versuchen, auf der bevorstehenden politischen/^{Korea-}Konferenz zu einer Regelung des Krieges in Indochina zu gelangen. Denn trotz aller Finanzmaßnahmen bleibt die indochinesische Frage das französische Hauptproblem. Das geht so weit, daß Staatsminister François Mitterand in

in einer öffentlichen Kundgebung erklärte, Frankreich habe jetzt, nachdem den "assoziierten Staaten Indochinas" die Unabhängigkeit versprochen wurde, in Indochina nichts mehr zu suchen. Wie froh wäre Frankreich, wenn Mao Tse Tung darin einwilligen würde, die Hilfe an Ho Chi Minh einzustellen und in eine allgemeine Regelung in Indochina einzuwilligen. Frankreich ist heute bereit, gegen die geringste Konzession seine Truppen aus Indochina abzuziehen; umso mehr, als der amerikanische Senat die Hilfe für Indochina um 100 Millionen Dollar beschnitten hat.

Kurz nach Beginn der Parlamentsferien wurde ohne große Reklame etwas angekündigt, das man als "Ereignis" betrachten darf: Der Abschluß eines sowjetisch-französischen Handelsabkommens, das den Warenaustausch zwischen Sowjetrußland und Frankreich beträchtlich erhöht und ihn etwa wieder auf das Vorkriegsniveau zurückkommen läßt. Auch die besessensten "Hexenjäger" in den Vereinigten Staaten werden gegen dieses Abkommen nichts einwenden können, da Sowjetrußland an Frankreich Waren liefert, die man als "strategisch wichtig" bezeichnen kann, während Frankreich sich verpflichtet, der Sowjetunion Lebensmittel zu liefern. Da man in Frankreich sehr schnell bereit ist, neue Anzeichen der Entspannung zu entdecken, wurde aufgrund dieses Handelsabkommens und anderer Symptome angenommen, daß der Kalte Krieg seinem Ende entgegen geht und durch eine neue Ära der internationalen Beziehungen ersetzt wird.

Wie dem auch sei, so weigerte sich Außenminister Bidault strikt, die Spekulationen des Quai d'Orsay in aller Öffentlichkeit, d.h. dem Parlament, bekannt zu geben. Denn Frankreich hat sicherlich einen Rekord geschlagen, um den es kein anderes Land beneiden wird, nämlich das Parlament in die Ferien geschickt zu haben, ohne diesem Gelegenheit zu einer außenpolitischen Debatte zu geben, die diesen Namen verdient. Es wurde nicht über den EWG-Vertrag gesprochen, es wurde in Parlament nicht über die indochinesische Frage verhandelt, es wurde kein Wort über die nordafrikanischen Probleme verloren: Über diese Dinge wurde nur hinter den Kulissen verhandelt. Die Außenpolitik ist in der französischen Nationalversammlung tabu, dafür sorgt Georges Bidault, ein fanatischer Anhänger der Geheimdiplomatie alten Stils.

Der Kanzler des Großkapitals

(sp) Der Bundeskanzler hat einen Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Vorsitzenden der ihm angeschlossenen 16 Industrie-Gewerkschaften an die Mitglieder, nur solche Kandidaten zu wählen, die durch ihre Haltung bewiesen haben, daß sie die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeitnehmerschaft erfüllen, zum Anlaß eines Haßausbruches gegen die Gewerkschaften insgesamt genommen. Besonders hat es ihm die Formulierung in dem Aufruf angetan, die Stimmen nicht denjenigen zu geben, "die das deutsche Volk ins Unglück stürzen, und Gewaltherrschaft, Krieg, Terror und Bombennächte wieder heraufbeschwören wollen". Diese Formulierung stelle, sagte der darob entrüstete Bundeskanzler, eine "schamlose Verleumdung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien" dar, und der DGB habe, auch dieser drohende Unterton sei vermerkt, "die Axt an seine eigene Wurzel gelegt".

Die Entrüstung des Kanzlers ist unverständlich. Der DGB hat nur befolgt, was ihm Dr. Adenauer bei der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz selber anriet. Damals schrieb der Bundeskanzler an den DGB-Vorstand, er könne ja bei den kommenden Wahlen seine Auffassung zu den sozialen und wirtschaftspolitischen Problemen durch die Empfehlung ihm genehmer Kandidaten bekunden - von diesem Kanzlerrat machten die Gewerkschaften nun Gebrauch. Weshalb also diese Empörung? Hat Dr. Adenauer sein eigenes Wort vergessen?

Des Rätsels Lösung liegt wohl nicht in der schon so oft bewiesenen Vergesslichkeit des Bundeskanzlers. So blieb das Ahlener Programm auf der Strecke, jenes Programm, in dem die CDU/CSU in besserer Erkenntnis der deutschen Notwendigkeiten die Überführung von Kohle und Stahl in Allgemeinbesitz befürwortete und für das Recht auf Mitbestimmung der Arbeiterschaft eintrat. Heute will man das alles nicht mehr wahrhaben, man kann es nicht mehr wahrhaben, weil in der Zwischenzeit aus der "Vorkämpferin für das christliche Abendland" eine simple Unternehmerpartei geworden ist, verschrieben jenen anonymen Mächten in der deutschen Politik, die unser Volk zweimal ins Unglück gestürzt haben und es, wenn es nach ihrem Willen geht, in neues Unglück stürzen. Nicht umsonst ergießt sich der Goldsegen des deutschen Großkapitals über die Kanzlerpartei. Es hat dafür einen Kanzler bekommen, dem die Großunternehmer wohl vertrauen können und dessen Herz, wie seine Klage gegen die Gewerkschaften beweist, nicht für die Sache der arbeitenden Menschen schlägt.

Studentenbriefe zwischen Hörsaal und Fabrikhalle

K.H.-Mainz

"...Der Höllenkärm in den vollgepackten Räumen, die Torturen am laufenden Band, die stickige Luft, der Feuereifer der Befehlenden, diese Hast und das Jagen kann ich nie mehr vergessen. Die Erlebnisse lassen mich nicht mehr los. Sie quälen mich in meinen unruhigen Träumen. Schnell, schnell! Akkord! Packen, packen, 150 Tafeln Schokolade in der Stunde. Die Härde werden blutig von der scharfen Kordel - aber weiter, sonst müssen die anderen für Dich mitarbeiten. Nur die Aufmunterung einer Arbeiterin hilft mir weiter und der Gedanke, daß ja bald Feierabend ist..."

Die diese Zeilen schrieb, ist eine der vielen Studentinnen, die während der Semesterferien und häufig genug während des Semesters versuchen müssen, sich Unterhalt und Studienkosten außerhalb der Universität in Fabriken, Buchhaltungen und auf sonstigen Arbeitsplätzen zu verdienen. Die innere Not, die aus ihren Worten spricht, ist symbolisch für die schwere Belastung dieses Studiums.

Jeder Fünfte ...

Es ist heute, 1953, noch ebenso wie in den ersten Jahren nach der Währungsreform. Während sich ein Teil der Studenten der Unterstützung des väterlichen Geldbeutels oder beziehungsreicher Korporationen erfreuen kann und sich wenig Sorgen weder für die Jahre des Studiums, noch für die spätere Anstellung machen muß, sieht sich im ganzen Bundesgebiet fast die Hälfte aller Studierenden gezwungen, durch Arbeit während der Semesterferien sich einen Zuschuß zu den hohen finanziellen Kosten des Studiums, einschließlich Wohnung, Verpflegung und Kleidung, zu erwerben. Der Verdienst schwankt bei den meisten - wenn sie nicht sehr viel Überstunden oder Nacharbeit machen - zwischen 130 und 170 M im Monat. Damit können bei sparsamster Lebensführung selbstverständlich nur die Gebühren und ein Teil der Lebenshaltungskosten gedeckt werden. Für Kleidung und andere Gebrauchsartikel, sowie kulturelle Bedürfnisse und Lernmittel, bleibt kein Pfennig übrig. Deshalb stehen von jeweils 100 Studenten im ganzen Bundesgebiet 20 vor der Notwendigkeit, sogar während des Semesters arbeiten zu müssen, um, mangels jeden weiteren Zuschusses von irgendeiner Seite, alle notwendigen Ausgaben bestreiten zu können: Im Jahre 1951 gab es im Bundesgebiet und Berlin unter 11000 Studierenden fast 22000, die ihren Vater verloren hatten, 999, die ihn aus der Gefangenschaft noch zurück-erwarteten, 2.538 Studentenväter waren erwerbslos.

Wo bleibt das Studium?

In diesen auf den Krieg und seine Folgen zurückgehenden Tatsachen liegt die wichtigste Quelle für den übergroßen Umfang des Werkstudententums in unseren Jahren. Allerdings wird von einigen Seiten geholfen; die sozialen Einrichtungen der Studentenwerke vermitteln Preisvergünstigungen in vielen Lebensbereichen, zahlreiche Firmen und Betriebe in den Universitätsstädten zeigen sich seit Jahr und Tag sehr aufgeschlossen gegenüber den arbeitsuchenden Studenten. Mit dem Problem der Hand- oder Maschinenarbeit in fremder Umgebung muß der Student jedoch ebenso selber fertig werden, wie mit dem anderen Problem: Wie kann ich neben der den ganzen Menschen erfassenden Arbeit noch ein Stück geistiger Beweglichkeit für die Gedanken und die Beschäftigung mit der Wissenschaft und meinem Studium aufsparen?

"Die Fabrik war stärker..."

So schreibt ein Student aus dem Silo: "Staub und Dunst bedeckt die ungehoore Halle. Weißes Salz fällt aus Röhren zu Boden, erhebt sich zu Bergen und wir wetteifern mit dem Riesenbagger. Akkord! Ich muß drei Monate durchhalten. In der freien Nacht kann ich nicht schlafen. Ich habe versucht, mit der Fabrik fertigzuwerden. Ich scheiterte. Ich habe versucht, stärker als die Fabrik zu sein. Sie ging über mich hinweg..."

Und ein anderer schreibt: "...Und oft das Gefühl: Der Arbeiter sieht in mir einen Eindringling, einen Fremdling. Das erste Durchqueren der Fabrikräume gleicht einem Spießrutenlaufen. Ich setze mein spöttischstes Gesicht auf und grinse (alles nur blanke Notwehr), und höre das Urteil: Sieht aus wie ein Nichtraucher! (In einer Zigarettenfabrik ist der Nichtraucher die unterste Stufe unter den Menschen.)"

"Man kommt sich näher"

Doch auch viel Menschlichkeit und Verständnis wird Studenten entgegengebracht: "Wir arbeiten in der Nachtschicht. Aber trotz Müdigkeit und Nervosität ist der Ton von einer Herzlichkeit, die kein Falsch hat. Man kommt sich näher, hilft einander und frout sich, daß man sich versteht. Es gibt keine Kluft. Wir summen mit den Mädels sentimentale Volkslieder und Schlager, um nicht einzuschlafen. In der kurzen Pause schlafen wir auf ein wenig Holzwolle..."

Aus einer chemischen Fabrik: "Ich hatte mir die Ärmel hochgekrempelt und nach einer halben Stunde fing die Viskose an, mir die Arme zu verbrennen. Ich lief zum Spülstein und wusch mich mit Essigwasser. Max ging hinterher. "Die Lauge nehmen" - "Die ist doch nur für Augenverbrennungen" - "Ja, weil sie teurer ist und besser..."

Not oder Tugend ?

Die Tatsache, daß 50 Prozent der Studenten gezwungen sind, während der Semesterferien zu arbeiten und 20 Prozent sich während des ganzen Jahres das Geld zum Leben und Studieren verdienen müssen, hat wie so vieles zwei Seiten. Die eine: Der Studiorunde, der seine ganzen geistigen Kräfte zusammenfassen müßte, um sich mit seiner Wissenschaft vertraut zu machen und später als Arzt, Techniker, Lehrer oder sonst etwas ein nützliches Glied der Menschheit zu werden, muß ein Großteil seiner Kräfte für das nackte Leben einsetzen. Kluge, intelligente, aber schwächere Naturen können daran sehr leicht scheitern und sind es schon in vielen Fällen. - Die andere Seite: Der Student als geistiger Arbeiter und später als Angehöriger eines akademischen Berufes erhält die vermutlich einmalige Gelegenheit, in der engsten persönlichen Verbindung mit den Schichten der Arbeiterschaft das Leben "von der anderen Seite" kennenzulernen und den Menschen, der tagaus, tagein "zur Arbeit geht" zu verstehen.

Aber ob Student, ob Arbeiter - wenn das gegenseitige Kennenlernen dazu beiträgt, den anderen zu verstehen und auch in ihm den Menschen erkennen zu lernen, dann ist aus der Not wirklich eine Tugend geworden - zum Besten vieler.

Verantwortlich: Peter Raunau

Deutsche Wiedervereinigung Problem Nummer Eins

Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und
der Kontrollkommission der SPD

In einem umfassenden Referat vor Parteivorstand, Parteiausschuss / behandelte der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer die innen- und aussenpolitische Lage. Das von den Regierungsparteien unternommene Werben um die früheren Träger des Naziregimes, die bis heute noch nicht den Weg zur Demokratie gefunden haben, zeige den besorgniserregenden Grad der Anfälligkeit aller Parteien rechts von der SPD für rechtsradikale Strömungen. Mit besonderem Nachdruck wandte sich Ollenhauer gegen die amerikanische Wahlhilfe für den Bundeskanzler. Die Erfahrungen in Frankreich und Italien zeigen, dass sich solche Interventionen für eine bestimmte Regierung nur zum Schaden der Demokratie auswirken. /und Kontrollkommission der SPD

Den Standpunkt der SPD zu den kommenden Viermächte-Verhandlungen umriss der Vorsitzende mit folgenden drei Punkten:

1. Vorrang der Viermächte-Verhandlungen vor EVG und anderen klein-europäischen Lösungen.
2. Die Verhandlungen dürfen nicht mit Problemen belastet werden, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erreichung der deutschen Einheit in Freiheit durch freie Wahlen stehen.
3. Wir können auch keine Bedingungen akzeptieren, die Deutschland den status quo aufzwingen würden. Als Beispiel nannte Ollenhauer eine Bemerkung Attlees im britischen Unterhaus, die auf eine Anerkennung der Oder-Neisse-Linie zielte. Ollenhauer betonte, dass die SPD eine solche Anerkennung ablehne. Die Frage der deutschen Ostgrenze stehe im engsten Zusammenhang mit dem Problem der Neuordnung Europas überhaupt und mit dem Problem des Saargebietes. Es müsse im Interesse aller liegen, einen Zustand zu schaffen, der zur dauernden Befriedung führt.

Die Regierungskoalition, erklärte abschliessend der Vorsitzende der SPD, befinde sich sowohl in der Innen-, als auch in der Aussenpolitik in der Defensive. Hinter der Koalition stehe die Macht der Industrie, die in der Sozialdemokratie ihren Hauptfeind erblickt. Von der Stärke der SPD werde die Sicherung der Demokratie, die soziale Ausgestaltung der Bundesrepublik und der Bestand der Freiheit abhängen.

Dr. Walter Menzel, Mitglied des Parteivorstandes, gab einen Bericht über die Tätigkeit der SPD-Bundestagsfraktion. Als einen grossen Abwehrerfolg bezeichnete Menzel die Niederlage des Kanzlers im Kampf um ein neues Wahlgesetz. Nach dem Scharnberg-Entwurf wäre die SPD, unabhängig von jedem Wahlerfolg, in eine parlamentarisch wirkungslose Rolle gedrängt worden. Das konnte verhindert werden.

Herta Gotthelf, Herbert Wehner und Willi Eichler, Mitglieder des Parteivorstandes, berichteten über den Kongress der Sozialistischen Internationale in Stockholm. Wehner nannte die starke Teilnahme asiatischer Delegierter das hervorstechendste Merkmal dieser Tagung, war eine Änderung des Profils der Internationale bedeute. Die - 2 -

deutsche Sozialdemokratie habe durch die Rede Ollenhauers über die deutsche Situation einen grossen moralischen Erfolg errungen, der seinen Niederschlag in der Entschliessung zur internationalen Lage fand, die die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durch Verhandlungen auf einer Viermächtekonferenz hervorhob. Bemerkenswert sei auch die Kritik aller Sozialisten an der bisherigen Tätigkeit der Montanunion und die Anforderung an die sechs Montanunion-Länder, die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit den nicht angeschlossenen Staaten nicht durch eine Politik der Exklusivität zu erschweren.

Willi Eichler betonte die Notwendigkeit, die Verbindungen mit den asiatischen sozialistischen Bruderparteien stärker zu pflegen. In Asien beurteile man Europa nach seinem Willen und seiner Kraft, Friede und Freiheit auch den jungen Völkern, die zum Teil noch unter Kolonialherrschaft stehen, zu gewähren. Der deutschen Sozialdemokratie biete sich die Möglichkeit, da Deutschland nicht mit kolonialer Tradition belastet ist, in den schwierigen und komplizierten Beziehungen zwischen weissen und farbigen Völkern eine vermittelnde Rolle einzunehmen.

Propaganda-Walze soll das Volk betäuben

Fritz Heine, der Pressechef der SPD, gab einen Überblick über die bisherigen Wahlkampf-Vorbereitungen der Koalitionsparteien. Durch die Herausgabe einer gelben Beilage im Informationsdienst habe die Bundesregierung ein weiteres Beispiel dafür gegeben, wie öffentliche Gelder parteipolitisch missbraucht werden. Sowohl CDU als auch FDP werden weitgehend von der Industrie unterstützt, umfangreiche finanzielle und technische Mittel stehen der CDU zur Verfügung. So hat die CDU insgesamt 85 Tonwagen zur Verfügung gestellt, ferner bestehe die Absicht, eine ganze Reihe von gemieteten ausländischen Sportflugzeugen einzusetzen, die mit grossen Lautsprecheranlagen ausgerüstet sind und ausserdem Spruchbänder hinter sich herziehen.

Zur Zeit, sagte Fritz Heine, wird ein Dokumentarfilm hergestellt, der Aufnahmen vom Widerstand und Kampf der Berliner Arbeiter mit einer Glorifizierung Adenauers vermischt. "Das ist nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, von den heroischen Toten, die wahrhaftig nicht für die Ideen Adenauers gestorben sind, parteipolitisch Nutzen zu ziehen". Der Kampf der CDU/CSU gegen die SPD konzentriert sich immer mehr auf Verleumdungen übler Art, wobei die angebliche Unterwanderung der SPD durch die Kommunisten und der Vorwurf der antireligiösen Haltung der SPD die Hauptrolle spielen. Durch Gegenüberstellung von Zitaten von Sozialdemokraten soll die angebliche Doppeltzungigkeit der SPD nachgewiesen werden. Gegenwärtig versuchen die CDU/CSU, nach verlässlichen Informationen, durch Mittelsmänner in den letzten vier Wochen vor der Wahl in über 4.000 Filmtheatern Diapositiv-Propaganda zu betreiben. Die Kosten allein für diese Aktion werden mit 200.000 DM angesetzt.

1.700 Redner-Aspiranten der FDP

In dem Willen zur Verleumdung und Aufpeitschung von Hassgefühlen gegen die SPD stehe, so erklärte Heine weiter, die FDP nicht nach. Ihr Hauptwahlstrategemass ist die geplante Herausgabe einer Wahl-Illustrierten, die in einer Auflage von 5 Millionen Exemplaren erscheinen soll und auf 32 Seiten in Bildern, Karikaturen und Texten die

liberalistische Wirtschaftspolitik verherrlicht und, wie es in der Reklame-Ankündigung heisst, soziale Sicherheit, die Mehrung des Besitzes und die Lebensfreude unterstreichen. Die FDP hat etwa 1.700 Redner geschult, wobei sie genau wie die CDU in diese Schulungskurse noch zahlreiche junge Leute hineingenommen hat, die keine Bindung an die Parteien haben.

Ein Vergleich des Wahlmaterials der SPD mit dem der Regierungsparteien lasse keinen Zweifel darüber, dass die Regierungskoalition ungleich aggressiver ist und weniger darauf aus ist, die Regierungspolitik sachlich zu verteidigen als die SPD anzugreifen und zu verleugnen. Die SPD werde, versicherte Heine, ohne sich auf das gleiche niedrige Niveau zu begeben, dieser Verleumdungskampagne mit Entschlossenheit zu begegnen wissen.

Der Parteivorstand und Parteiausschuss billigte einmütig eine Entschliessung zur jüngsten Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone und zu den Beschlüssen der sowjetzonalen Volkskammer.

Die nächste gemeinsame Sitzung der Parteigremien findet am 8. September in Bonn statt.

- - -

SPD grüsset die mitteldeutschen Freiheitskämpfer

Entschliessung des Parteivorstandes und Parteiausschusses der SPD am 30. Juli in Bonn

Parteivorstand und Parteiausschuss der SPD grüssen die Freiheitskämpfer in Ostberlin und in der sowjetisch besetzten Zone und bekunden ihre tiefe Verbundenheit mit allen, die in der sowjetisch besetzten Zone unter Terror und Not leiden.

Zur jüngsten Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone und zu den Beschlüssen der sowjetzonalen Volkskammer erklären Parteivorstand und Parteiausschuss der SPD:

1. Der Versuch der bankrotten SED-Führung, gewisse Lockerungen und Erleichterungen unter dem Deckmantel "Neuer Kurs" mit schweren Repressalien gegen die Arbeiter zu verbinden, die in den Junitagen durch Streiks und Demonstrationen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit gekämpft haben, ist zum Scheitern verurteilt.
2. Das Diktatur-Regime der sowjetzonalen Blockparteien ist durch den Juni-Aufstand unwiderruflich als das im ganzen Volk verhasste Zwangsregime von Handlangern der Besatzungsmacht bloßgestellt worden. Kein Terror vermag aus dem Bewusstsein der Bevölkerung die Erkenntnis zu tilgen, dass das Zwangsregime nur durch die Verhängung des Standrechtes und das direkte Eingreifen der sowjetischen Panzer wieder aufgerichtet werden konnte.
3. Die leitenden Körperschaften der SPD erklären feierlich ihre unerschütterliche Verbundenheit mit den Sozialdemokraten Mitteldeutschlands, die durch die Rachejustiz der Ulbricht-Benjamin neuen ver-

schärften Verfolgungen und Drangsalierungen ausgesetzt werden.

4. Die sowjetische Besatzungsmacht muss aus dem Arbeiteraufstand andere Schlussfolgerungen ziehen, als es jetzt unter ihrem Schutze durch die Pankower Regierung geschieht, wenn nicht der Eindruck entstehen soll, dass alle Erklärungen über die angestrebte Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West nur Propagandazwecken dienen.

5. Die SPD begrüsst im Interesse der Einwohner der sowjetisch besetzten Zone und der Wiederherstellung eines freien Personen- und Güterverkehrs über die Zonengrenze jede echte Lockerung der Sperrmassnahmen im Interzonenverkehr und jede Erleichterung in der Sowjetzone selbst. Sie fordert die Aufhebung des im Juni 1952 geschaffenen Sperrgürtels der Zonengrenze, durch die die Zonengrenze zu einer Art befestigter Staatsgrenze gemacht wurde. Die SPD erwartet und fordert von den zuständigen Behörden der Bundesrepublik, den Bewohnern der Sowjetzone unverzüglich alle Erleichterungen für den Besuch in der Bundesrepublik zu gewähren und alle Erschwernisse des Personen- und Güterverkehrs über die Zonengrenze abzubauen.

6. Der Versuch der sowjetischen Volkskammer, die Wiedervereinigung Deutschlands von sogenannten gesamtdeutschen Gesprächen und der Errichtung gemischter Körperschaften und Ausschüsse abhängig zu machen, kann nur hemmend auf die Verwirklichung der Einheit Deutschlands wirken. Die SPD betont nachdrücklich, dass die vier Besatzungsmächte unverzüglich durch eine Viermächtekonferenz und durch entsprechende Schritte der Hohen Kommissare der Besatzungsmächte die Garantien für die Durchführung freier Wahlen in den vier Zonen und Berlin schaffen müssen. Die fortgesetzten Versuche aus Ost und West, die Viermächtekonferenz von neuen Vorbedingungen abhängig zu machen, blockieren nur die dringend notwendige Viermächtekonferenz und damit den entscheidenden Schritt zur Einheit Deutschlands.

Bonn, 30. Juli 1953